

Für Kriege reformiert?

Am 20. Mai 2008 referierte Jürgen Wagner aus der Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) aus Tübingen über den Kriegskurs der Europäischen Union (EU).

Der EU-Reformvertrag und das Empire Europa

In der EU geht eine Veränderung von statten. Die ökonomische Komponente findet ihren Ausdruck in der Lissabon-Strategie, mit ihrem Ziel bis 2010 zu einer Weltwirtschaftsmacht aufzusteigen. Parallel dazu wurde u.a. ein Programm zur Militarisierung der EU begonnen. Der Beitrag von Jürgen Walter beschreibt wichtige Stationen dieser Entwicklung und erläutert die Militarisierung der EU durch den EU-Reformvertrag.

Stationen und Komponenten der Militarisierung Europas

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist eine zentrale Säule der EU. Die darin inbegriffene Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) war 1999 und 2000 bei dem European Headline Goal ein zentrales Thema. Der Umfang der EU-Truppe wurde auf 60.000 Soldaten und ihr Aktionsradius auf 4.000 km rund um Brüssel festgelegt. Wagner sieht darin belegt, dass es der EU „um eine Etablierung einer global agierenden Interventionsarmee zur Durchsetzung europäischer Interessen ging“. Ebenfalls sieht er eine Emanzipierung der EU von der NATO und damit den USA. Beispielhaft geht er in diesem Zusammenhang auf einen der ersten ESVP-Einsätze „Artemis“ im Kongo von Juli bis September 2003 ein. Hier liegt das Einsatzgebiet deutlich weiter als 4.000 km von Brüssel entfernt. Außerdem agierte die EU erstmals ohne

Rückgriff auf NATO-Strukturen, indem Frankreich die operative Führung übernahm. Als weiteres Beispiel wird der 2004 durchgeführte Einsatz „Althea“ in Bosnien-Herzegowina angeführt, wo mehr als 7.000 Soldaten eingesetzt wurden.

Militarisierung per Vertrag

Einen Meilenstein für die Weiterentwicklung der militärischen Komponente stellt die 2003 verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) dar. Darin wird Europa als globaler Akteur beschrieben, der auch bereit sein muss Verantwortung für die globale Sicherheit und eine bessere Welt zu übernehmen. Hier sieht Wagner den unmissverständlichen Anspruch der EU, eine führende Rolle im Konzert der Supermächte zu spielen.

Für ihn ist die Existenz einer seit 2007 bestehenden zivil-militärischen Zelle der EU (zur Planung und Durchführung von Einsätzen) der Kern für ein voll funktionstüchtiges Hauptquartier in der EU. Dies sieht er als weiteren Beweis, dass die EU sich von den USA unabhängig machen will.

In diesem Zusammenhang ist auch die Militarisierung per Vertrag zu beachten. Die Substanz des Vertrags von Lissabon besteht u.a. in den neuen Regelungen im Militärbereich. Das Aufgabenspektrum für EU-Kampfeinsätze wird substantiell erweitert. Hierzu zählen die Unterstützung von Drittländern bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet und Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung, außerdem auch gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen. Ebenfalls werden Operationen zur Stabilisierung der Lage, wie die Besatzungsmission in Afghanistan, legitimiert [Artikel 43 (1), 222 (1a)]. Es wird die Möglichkeit zur Aufstellung eines EU- Rüs-

tungshaushaltes, namens „Anschubfonds“, genannt [Artikel 41]. Wobei dies laut dem Vertrag von Nizza nicht vorgesehen ist. Außerdem sind die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern [Artikel 42 (3)]. In die Strategieplanung der EU hat auch die militärische Rohstoffsicherung Einzug gefunden. Im European Defence Paper heißt es, dass eine Bedrohung von Sicherheit und Wohlstand auch die Unterbrechung der Ölversorgung oder massive Erhöhung der Energiekosten sein kann.

Anschließende Überlegungen

Doch welche Möglichkeit gibt es sich gegen eine solche Entwicklung zu wehren? Welche Form des Protests ist angebracht, wenn es als aussichtslos empfunden wird, eine Email an Abgeordnete zu senden? Jürgen Wagner meint, dass Email-Aktionen vielleicht nicht die optimale Form darstellen, aber aufgrund von begrenzten Kapazitäten eine angemessene Variante seien. Wirksamer jedoch seien Großdemos,

wie die Proteste gegen die EU-Verfassung zeigten. Hilfreich ist es, wenn die Gewerkschaften mit im Boot sitzen.

Die Aufgabe, einen kritischen Diskurs zum Thema Europa in der Öffentlichkeit zu führen, übernimmt die Forschungsstelle Europäische Integration in Marburg. „Die Bertelsmann Stiftung bzw. der von ihr finanzierte Bereich Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) ist der einflussreichste Think Tank im Bereich EU Militarisierung. Die Stiftung formuliert Vorlagen für Gesetze und war auch an der Ausarbeitung der EU-Verfassung maßgeblich beteiligt. Jedoch verweist Wagner darauf, dass auch gegenüber der Bertelsmann Stiftung ein kritischer Blick bewahrt werden sollte.

Die Militarisierung der EU ist aber dennoch eines der am stärksten vernachlässigten Themen in den Medien. Auf dieses Problem hat die Initiative Nachrichtenaufklärung bereits hingewiesen, jedoch ohne weitere Konsequenzen.